

Martin Maria Laufen

Der Wucher
(§ 291 Abs. 1 Satz 1 StGB)

Systematische Einordnung
und dogmatische Struktur



PETER LANG

Europäischer Verlag der Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis

Einleitung: Gegenstand und Aufbau der Arbeit	1
1. Abschnitt: Der moderne strafrechtliche Wuchertatbestand und seine dogmatische Rezeption	7
A. Rechtsgeschichtliche Vorbemerkungen	7
I. Die „Vorgeschichte“ des heutigen Wuchertatbestandes	7
II. Die Einführung des „modernen“ Wuchertatbestandes im RStGB	9
B. Bisherige Erklärungsversuche	12
I. Die ältere Strafrechtswissenschaft	12
1) Insbesondere: Isopescul-Grecul	13
a) Darstellung	13
b) Kritik	15
2) Caro	17
a) Darstellung	17
b) Kritik	18
3) Weitere Stellungnahmen	19
II. Neuere Konzeptionen: Die Debatte über das geschützte Rechtsgut	20
1) Rechtsgut: Vermögen plus Freiheit?	22
a) Die Konzeption Arzts	22
b) Die Konzeption Schefflers	23
c) Kritik	24
d) Stellungnahme	25
2) Rechtsgut: Funktionieren der Marktwirtschaft?	28
3) Rechtsgut: ungeschriebene Preisbindungsvorschriften?	31
4) Rechtsgut: Vertragsfreiheit?	33
5) Rechtsgut?	35
2. Abschnitt: Versuch einer eigenen Lösung	40
Vorbemerkungen	40
A. Zwangslagenwucher	42
I. Zwangslagenwucher als Erpressung?	42
1) Die Drohung mit erlaubtem Verhalten im Rahmen der Erpressung	43

a) Die herrschende Ansicht: Drohen mit erlaubtem Verhalten prinzipiell erpressungsrelevant	44
b) Die Gegenansicht: Prinzipiell keine Erpressung durch Drohen mit rechtmäßigem Verhalten	46
c) Stellungnahme	47
2) Zwangslagenwucher als Erpressungsdelikt gegen Kontrahierungszwänge?	54
a) Kontrahierungszwänge in der geltenden Rechtsordnung	54
b) Keine Reduktion des Zwangslagenwuchers auf Kontrahierungspflichten	57
3) Zwischenergebnis	58
II. Das Verbot des Zwangslagenwuchers als Ausprägung einer Solidaritätspflicht	59
1) Das Verbot des Zwangslagenwuchers als akzessorische Ergänzungsnorm zu § 323c StGB?	70
2) Der Solidaritätsgedanke als Element des § 291 StGB	64
a) Kennzeichen einer Solidaritätspflicht	65
b) Beispiele für Delikte mit Solidaritätsbezug	68
c) Strafrechtliche Solidaritätspflichten – normatives Ding der Unmöglichkeit?	69
aa) Der Solidaritätsgedanke in der geltenden Rechtsordnung	69
bb) Strafrechtliche Solidaritätspflichten?	73
d) Konsequenzen für das Verhältnis zur Erpressung	78
e) Zwischenergebnis	78
3) Konsequenzen für das Tatbestandsmerkmal der „Zwangslage“	79
a) Überblick über den Gedankengang	79
b) Der Meinungsstand	80
c) Kritik der herrschenden Auffassung und Entwicklung einer eigenen Lösung	81
aa) Zwangslagenrelevante Leistungen	82
aaa) Parallelisierung mit „empfindlichem Übel“?	82
bbb) Entwicklung des Zwangslagenbegriffs aus dem Solidaritätsgedanken	83
(1) „Unglücksfall“ bzw. Notstandsgefahr als Anhaltspunkte?	84
(2) Grundlinien einer selbständigen Lösung	87
(3) Konkretisierung	88
(a) Sozialhilferecht	89
(b) Vollstreckungsschutznormen	91
(c) Weitere zwangslagentaugliche Leistungen	94

(4) Ergebnis	95
bb) „Ausweglosigkeit“	96
cc) Wucher auch bei nur vorgestellter Zwangslage?	98
dd) Wucher auch auf illegalen Märkten?	100
ee) Verschulden?	101
d) Zusammenfassung	102
B. Die anderen Schwächelagen	105
I. Die Fälle des „Informationswuchers“	106
1) Informationswucher als Betrug?	106
a) Täuschung über den üblichen Preis?	106
b) Anpassung der betrugsrelevanten Pflichten bei inkompetenten Opfern?	108
c) Zwischenergebnis	111
2) Informationswucher als Verbot der Ausbeutung Geschäftsunfähiger?	112
3) Informationswucherverbot als Ausprägung einer Solidaritätspflicht	113
4) Die einzelnen Schwächelagen des Informationswuchers	113
a) Unerfahrenheit	114
aa) Meinungsstand	114
bb) Eigener Lösungsansatz	116
b) Mangel an Urteilsvermögen	118
aa) Meinungsstand	118
bb) Eigener Lösungsansatz	119
II. Erhebliche Willensschwäche	120
III. Ergebnis	122
C. Das „auffällige Mißverhältnis“	124
I. Der Bezugspunkt: Marktpreis oder pretium iustum?	127
1) Faktischer Marktpreis	128
2) Normativer Marktpreis	130
3) Stellungnahme	131
II. Die Bestimmung des Marktpreises	133
1) Allgemeines	133
2) Das Problem der Abgrenzung des relevanten Marktes	134
a) Der Grundsatz: Maßgeblichkeit des tatsächlichen Marktgeschehens	134
b) Grenzen der Orientierung am Markt	136
3) Konkretisierung: Kreditwucher	137
a) Geeignetheit des Schwerpunktzinses der Bundesbank als Vergleichsmaßstab?	137

b) Berücksichtigung von Restschuldversicherungsprämien und Vermittlungsprovisionen?	138
c) Sondermarkt für Kredite von Teilzahlungsbanken?	139
4) Problemfälle	140
a) Das Fehlen eines Vergleichsmarktes	141
aa) Meinungsstand	141
bb) Stellungnahme	143
b) Illegale und sittenwidrige Märkte	144
c) Gestehungskosten	145
d) Berücksichtigung besonderer Vorteile des Opfers?	146
III. Das Mißverhältnis	148
IV. Zusammenfassung	152
D. Die Tathandlung: das „Ausbeuten“	153
Schlußbemerkung	155
Literaturverzeichnis	157